



GdP-aktuell

Schwerin, 16. Januar 2007



Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk
Mecklenburg-Vorpommern
Nr. 01/07

Einmalzahlungsgesetz

GdP: *Antwort der Finanzministerin kann nicht befriedigen*

Als unbefriedigend bezeichnete der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende, Manfred Seegert, heute die kürzlich eingegangene Antwort der Finanzministerin auf die Anfrage der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum Einmalzahlungsgesetz. „Indem die Ministerin nur einen Teil unserer Fragen beantwortete, erweckte sie den Eindruck, dass Beamte wieder einmal als Sparschweine missbraucht werden sollen.“

Zur Erinnerung: Am 12. September 2006 ließ die Finanzministerin in einer Presseerklärung verlauten, dass die tariflich vereinbarten Einmalzahlungen ab Januar 2007 auch im Beamtenbereich gezahlt werden sollten. Nachdem sich auch im Dezember nichts tat, wandte sich die GdP an die Ministerin und fragte nach. In dem Schreiben der GdP ging es aber nicht nur um die Einmalzahlungen, sondern um das gesamte Tarifiergebnis des Jahres 2006, **insbesondere auch um die lineare Besoldungserhöhung**, die noch verhandelt werden muss. Diese Frage wurde überhaupt nicht beantwortet. Stattdessen konzentrierte sich die Ministerin ausschließlich auf das Einmalzahlungsgesetz. Danach soll die Verbandsanhörung (DGB, dbb,...) bis zum 8. Februar beendet sein und anschließend soll das Gesetz zur ersten Lesung im Landtag eingebracht werden. Eine Vorabzahlung vor der ersten Lesung schloss die Ministerin aus.

Der Gesetzentwurf beinhaltet kurz und knapp nachstehende Regelungen:

Die Einmalzahlung erfolgt in drei Schritten jeweils zum September 2006, Januar 2007 (beide rückwirkend) und September 2007 differenziert nach Besoldungsgruppen.

Besoldungsgruppen	September 06	Januar 07	September 07
A2 - A8	150,-€	310,-€	450,-€
A9 - A12	100,-€	210,-€	300,-€
ab A13	50,-€	60,-€	100,-€

Empfänger von Anwärterbezügen erhalten zu den jeweiligen Stichtagen jeweils 100,-€. Versorgungsempfänger wurden ausgenommen.

Der Gesetzentwurf ist im Mitgliederbereich unter www.gdp.de/mv zu finden.

Heute treffen sich Vertreter des DGB und des dbb um sich in Schwerin auf eine gemeinsame Position zum Gesetzentwurf zu verständigen. Bei diesem Treffen wird die GdP nochmals auf die Übernahme des kompletten Tarifiergebnisses auf den Beamtenbereich drängen. „Es kann nicht angehen, dass Beamte permanent zeitlich und inhaltlich von den Tarifiergebnissen ausgeschlossen werden. Nachdem Besoldungs- und Versorgungsfragen jetzt Ländersachen sind, kann unsere Landespolitik nicht mehr nach Berlin zeigen, sondern muss hier zügig handeln.“, so Manfred Seegert weiter.

Der Landesvorstand